

# Wie grün sind die neuen Regeln der AKB wirklich?

Die AZ vergleicht die umstrittenen Kriterien zur Kreditvergabe der Aargauischen Kantonalbank mit jenen der Kantonalbanken von Bern, Baselland, Luzern und Zürich – sowie mit Raiffeisen, Valiant und Hypi Lenzburg.

Fabian Hägler

Links-ideologisch, geschäfts-schädigend, wirtschaftsfeindlich, nach dem Programm der Grünen: So kritisieren SVP, Handelskammer und Gewerbeverband die neuen Kreditvergabe-regeln der Aargauischen Kantonalbank. Auch der FDP (Gastbeitrag rechts unten) stösst es sauer auf, dass die AKB künftig keine Atomkraftwerke, keine Förderung fossiler Energieträger und keine Gentech-Pflanzen mehr finanzieren will.

Der AKB-Entscheid komme zu spät, gehe aber in die richtige Richtung, finden Klimastreik-Bewegung, Umweltverbände und links-grüne Jungparteien (Artikel unten). SP-Präsidentin Gabriela Suter und GLP-Präsident Philippe Kühni bezeichnen die neuen Regeln als goldrichtig (AZ von gestern), die Grünliberalen fordern in einer Mitteilung andere Banken auf, vergleichbare Kriterien einzuführen.

Doch wie grün und nachhaltig sind die Regeln der AKB zur Kreditvergabe? Das Zauberwort heisst ESG, die englische Abkürzung steht für «Environmental, Social, Governance». Es geht also um Kriterien für Umwelt, Soziales und Unternehmensführung. Die AZ hat bei den Kantonalbanken in Baselland, Bern, Luzern und Zürich sowie bei Raiffeisen, Valiant und Hypothekbank Lenzburg nachgefragt, welche Regeln sie bei der Kreditvergabe anwenden.

**BEKB: Seit zehn Jahren nachhaltige Kreditvergabe**

Bei der Berner Kantonalbank (BEKB) wird zur Kreditvergabe seit zehn Jahren ein Förder- und Ausschlussansatz angewendet, wie Sprecher Florian Kurz schreibt. Mit den Ausschlusskriterien sollen Geschäfte vermieden werden, die ESG-Mindestanforderungen verletzen oder ein

hohes Reputationsrisiko für die Bank bringen. Dazu zählen die Herstellung von Kernreaktoren, der Betrieb von Kernkraftwerken, die Förderung fossiler Energieträger und nicht nachhaltige Waldwirtschaft. Mit dem Förderansatz sollen Projekte, Initiativen und Firmen finanziert werden, die einen positiven Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung des Wirtschafts- und Lebensraumes leisten. «So fördert die BEKB ökologisch und energetisch fortschrittliche Projekte zum Klimaschutz», sagt der Sprecher. Und er hält fest: «Wir haben im Umgang mit unserem Nachhaltigkeitsansatz bis heute weder mit Kunden noch mit der Politik negative Erfahrungen gemacht.»

**LUKB: Einführung wird bis Ende Jahr geprüft**

Noch nicht so weit wie die AKB ist die Luzerner Kantonalbank (LUKB), wenn es um ESG-Kriterien bei der Kreditvergabe geht. Bei der Präsentation ihrer Jahreszahlen am Donnerstag kündigte die Bank an, sie wolle solche Regeln dieses Jahr auf breiter Front in Investmentanalyse und Anlageberatung integrieren. Ein weiterer Schritt könnte

«Wir haben mit unserem Nachhaltigkeitsansatz bis heute weder mit Kunden noch mit der Politik negative Erfahrungen gemacht.»

Florian Kurz  
Berner Kantonalbank

darin bestehen, auch bei der Vergabe von Krediten strikter auf Nachhaltigkeit zu achten.

CEO Daniel Salzmann hielt gegenüber der «Luzerner Zeitung» fest, dass die Ausgangslage hier komplizierter sei, denn jedes Finanzierungsprojekt habe eine lange Wertschöpfungskette und müsse separat beurteilt werden. «Wir werden bis Ende Jahr prüfen, inwiefern ESG-Kriterien auch in der Kreditvergabe breite Anwendung finden können», sagte er. Ein entsprechendes Projekt laufe derzeit.

**BLKB: Nachhaltigkeit aus wirtschaftlichen Gründen**

Die Basellandschaftliche Kantonalbank (BLKB), die auch Filialen im Fricktal betreibt, kennt Nachhaltigkeitskriterien für die Kreditvergabe. «Sofern es möglich ist, wollen wir Firmenkunden aktiv helfen, ihre Geschäftsmodelle nachhaltig zu gestalten», sagt Sprecher Marius Maissen. Die BLKB wende Nachhaltigkeitskriterien aber nicht aus moralischen, sondern aus wirtschaftlichen Gründen an.

So spreche man Emissionen bei Transport, Beschaffung und Absatz oder Energieverbrauch in der Produktion an. Harte Ausschlusskriterien kennt die BLKB, wie neu auch die AKB, zum Beispiel bei der Förderung fossiler Energieträger. Den Ausschluss traditioneller Branchen der Region sieht die Bank als wenig sinnvoll, «da wir diese nicht diskriminieren wollen».

**ZKB: Nein zu AKW, fossiler Energie und Glücksspielen**

Die grösste Kantonalbank der Schweiz kennt im Finanzierungsgeschäft bereits heute ähnliche Ausschlusskriterien, wie sie die AKB letzte Woche eingeführt hat. Kredite werden unter anderem nicht vergeben für Förderung von Kohle, Erdöl, Erdgas oder Uran; Kraftwerke,

die mit Kohle oder Öl betrieben werden, neue Atomkraftwerke und Glücksspiel ohne Konzession für die Schweiz.

Sprecher Alexander Wolski teilt mit: «Wir thematisieren mit unseren Kundinnen und Kunden die Berücksichtigung von ESG-Risiken und -Opportunitäten und fördern nachhaltige und zukunftsfähige Geschäftsmodelle.» Die Nachhaltigkeitspolitik der Zürcher Kantonalbank wird laut Wolski jährlich aktualisiert. Er hält fest: «Die Transparenz über unser Nachhaltigkeitsverständnis wird von ESG-Ratingagenturen und grössere Firmenkunden geschätzt.»

**Valiant: Kein Geld für sozial unverträgliche Vorhaben**

Die Valiant Bank hat im Oktober 2019 für alle neuen Kredite mehrere Ausschlusskriterien eingeführt, wie Sprecher Simon Bickel festhält. «Projektfinanzierungen bei Unternehmens- und Geschäftskunden werden auf kontroverse Umwelt- und Sozialthemen geprüft. Werden unsere Standards nicht eingehalten, wird das Geschäft abgelehnt», erklärt er. Ausgeschlossen sind Projekte mit nicht nachvollzieh-

«Wir wenden Nachhaltigkeitskriterien bei der Kreditvergabe nicht aus moralischen, sondern aus wirtschaftlichen Gründen an.»

Marius Maissen  
Kantonalbank Baselland

baren Finanzströmen, Atom-, Braun- und Steinkohleenergie sowie sozial unverträgliche Projekte. «Politische Reaktionen haben wir keine erhalten, auch Abwanderungen oder negative Reaktionen von Kreditnehmenden sind uns nicht bekannt», sagt der Valiant-Sprecher. Von den Ausschlusskriterien im Kreditgeschäft seien jedoch auch nur wenige Kunden betroffen.

**Raiffeisen: Regeln bald auch bei Banken im Aargau?**

Raiffeisen Schweiz hat Nachhaltigkeits- und Umweltkriterien zur Kreditvergabe, wie Sprecher Joël Grandchamp sagt. So achte man darauf, keine Firmen zu unterstützen, «die mit gravierenden Menschenrechtsverletzungen in Verbindung stehen oder schwerwiegende negative Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft verursachen». Raiffeisen Schweiz vergibt keine Kredite an Firmen, die folgenden Aktivitäten nachgehen: Kohlebergbau und -verarbeitung, Betrieb von Kohlekraftwerken, Erdöl- oder Erdgasgewinnung, Tabakverarbeitung, Betrieb von Kernkraftwerken.

Die nachhaltigen Kriterien wurden bei Raiffeisen Schweiz 2021 eingeführt, wie der Sprecher ausführt. «Die Ausdehnung auf die gesamte Raiffeisen Gruppe beziehungsweise die Raiffeisenbanken – auch jene im Kanton Aargau – wird gegenwärtig geprüft», sagt Grandchamp.

**Hypi: Bank schliesst keine Branchen grundsätzlich aus**

Speziell ist die Situation für die Hypothekbank Lenzburg: CEO Marianne Wildi ist gleichzeitig auch Präsidentin der Handelskammer, welche die neuen Kreditregeln der AKB scharf kritisiert hatte. Zu den Vorgaben ihrer eigenen Bank hält Wildi fest: «Bislang haben wir im Kreditgeschäft auf einschränkende

ESG-Kriterien verzichtet, unsere Vergabekriterien schliessen keine Branchen oder Geschäftsfelder grundsätzlich aus.»

Die Hypi Lenzburg halte sich bei der Kreditvergabe jedoch seit jeher an hohe ethische Grundsätze. «Bislang haben wir im Kreditgeschäft auf einschränkende ESG-Kriterien verzichtet, wir engagieren uns aktiv im Rahmen des Regionalbankenvereins in den Arbeitsgruppen der Schweizerischen Bankiervereinigung und orientieren uns an deren Vorgaben», sagt Wildi. Die Hypi beobachte die Entwicklung transparenter Vergabekriterien aufmerksam und werde «wo nötig allfällige Anpassungen auch bei unseren Grundsätzen im Kreditgeschäft vornehmen», hält Wildi fest.

## Runder Tisch ohne Umweltverbände, Klimabewegung und Linke

**Debatte** «Ich habe einen runden Tisch vorgeschlagen, an dem ich als Finanzdirektor, der Volkswirtschaftsdirektor sowie Vertreter der Wirtschaftsverbände und der AKB teilnehmen. Dort können die aufgeworfenen Fragen thematisiert werden.» Das sagte Finanzdirektor Markus Dieth am Dienstag auf die Frage, wie er den Streit um die Vergabekriterien lösen wolle.

Die Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK) sowie der Aargauische Gewerbeverband (AGV) hatten verlangt, dass der Regierungsrat die grünen Kreditregeln der AKB

stoppt. Die Bank will künftig zum Beispiel keine Atomenergie, keine Förderung von fossilen Brennstoffen und keine Gentech-Pflanzen mehr finanzieren. Für die beiden Verbände macht die Bank damit linke Politik, die Aargauer Wirtschaft verlangt deshalb auch eine feste Vertretung im AKB-Bankrat.

**SP-Suter und GLP-Kühni kritisieren das «Kuschen»**

In einem Gastbeitrag am Donnerstag kritisierten SP-Präsidentin Gabriela Suter und GLP-Präsident Philippe Kühni «das Kuschen der Aargauer Regie-

rung vor den Wirtschaftsverbänden». Und sie fragten: «Können andere Interessenvertreterinnen und -vertreter künftig auch mit einer Einladung zu einem runden Tisch rechnen, wenn sie einmal etwas verärgert sind?»

Genau dies, eine Vertretung bei der Besprechung zum AKB-Streit, verlangen Klimastreik-Bewegung, WWF, VCS und Pro Natura sowie Juso, Junge Grüne und Junge GLP. In einem offenen Brief zeigen sie Verständnis, dass Finanzdirektor Dieth einen runden Tisch einberufen will. Weiter schreiben die Parteien und Verbände: «Jedoch bezwei-

fel wir, dass von einem runden Tisch gesprochen werden kann, solange daran lediglich Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaftsverbände (AGV und AIHK), des Regierungsrats und der AKB teilnehmen.» Bei solchen Gesprächen seien normalerweise Interessenvertreterinnen und -vertreter von allen Seiten dabei. Deshalb erwarten Klimastreik-Bewegung, WWF, VCS und Pro Natura sowie Juso, Junge Grüne und Junge GLP, dass auch sie zur Diskussion eingeladen werden. Damit wären auch Generationen vertreten, «die in Zukunft von den heuti-

gen Entscheidungen betroffen sind», argumentieren sie.

**Antwort aus Aarau: Keine Teilnahme vorgesehen**

Wie reagiert der Regierungsrat auf die Forderung von Klimastreik, Umweltverbänden und links-grünen Jungparteien? Roland Teuscher, Sprecher im Finanzdepartement, teilt mit, es sei keine Teilnahme dieser Vertreter am Gespräch mit den Wirtschaftsverbänden geplant. Er sagt aber: «Die AKB und wir sind offen für ein separates Gespräch mit den Umweltverbänden und beurteilen dieses Vor-

gehen als zielführender.» Der geplante runde Tisch habe das Ziel, die unterschiedlichen Haltungen zur nachhaltigen Kreditpolitik der AKB und die Forderungen der Wirtschaftsverbände zu diskutieren. «Neben der Anwendung und Ausgestaltung der einzelnen Kreditkriterien geht es auch um die Bankratswahlen.» Wann der runde Tisch mit AKB, Regierungsrat und Wirtschaftsvertretern zu den umstrittenen Kreditregeln geplant ist, gibt der Sprecher nicht bekannt. «Interne Termine werden nicht öffentlich kommuniziert», teilt Teuscher mit. (fh)